

## Aufbrüche und Umbrüche in Kirche und Gesellschaft Ostmittel- und Südosteuropas 1918 - 1939

Tagung des Instituts für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte  
Wiesbaden-Naurod, vom 28. bis 31. Juli 2003

Zu seiner 41. Arbeitstagung hatte das Institut für ostdeutsche Kirchen- und Kulturgeschichte e.V. (Sitz Regensburg) diesmal in das Wilhelm-Kempff-Haus – Tagungsstätte des Bistums Limburg – nach Wiesbaden-Naurod geladen. Rund 35 Teilnehmer ließen sich – trotz Hitze und Urlaubshochsaison – durch das Thema „Aufbrüche und Umbrüche in Kirche und Gesellschaft Ostmittel- und Südosteuropas 1918-1939“ zur Teilnahme in der letzten Juliwoche (28.-31.7.03) nach Hessen locken.

Die von Dr. habil. *Rainer Bendel* (Tübingen) moderierte Tagung stellte die Frage nach der Rolle der Kirchen in der Zwischenkriegszeit: Wieweit suchten Kirchen angesichts des Ringens der 1918 neugegründeten Staaten um nationale Identität, politisch Einfluss zu nehmen? Suchten einzelne Konfessionen nationalstaatliche Geltungsansprüche durchzusetzen? Waren Kirchen lediglich Horte der Rückständigkeit, Verbündete der alten Regime, Träger des Nationalstaatsgedankens – oder gab es auch innovative Ansätze und in die Zukunft weisende Aufbruchsbewegungen (wie Liturgische Bewegung, Jugend-, Bibel- und Ökumenische Bewegung)?

Es zeigte sich, dass für jedes Land Ostmittel- und Südosteuropas sehr spezifische Antworten zu geben waren. Das internationale Referentengremium bot zu den Ländern Deutschland, Litauen, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien sehr detaillierte Einblicke und Vergleichsgrundlagen, die die Verschiedenheiten der Entwicklungen klar hervortreten ließen.

Für Deutschland wies Dr. *Bendel* in seiner den Fragehorizont absteckenden *Einführung* auf ein von der Forschung weithin vernachlässigtes Feld hin. Lediglich das von Walter Ziegler herausgegebene zweibändige Werk „Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert“ (München 1999) und der von Hans-Christian Maner und Martin Schulze Wessel herausgegebene Sammelband „Religion im Nationalstaat zwischen den Weltkriegen 1918-1939“ (Stuttgart 2002) gingen die Problematik gezielt an.

Zwischen die Pole „Ausbruch aus dem ‚Milieu‘ oder ‚Geschlossenheit‘ durch Gehorsam?“ sah Prof. Dr. *Joachim Köhler* (Tübingen) die Katholikinnen und Katholiken in **Deutschland** von 1918 bis 1933 eingespant. Basierend auf den Freiheitsrechten der 1848er Revolution, hätten sich die katholischen Laien in den „Generalversammlungen der Katholiken“ (Katholikentagen) und in Vereinen (Volkverein für das Katholische Deutschland etc.) öffentlichkeitswirksam organisiert, doch habe das „Römische System“ die Selbständigkeit der Laienbewegung wieder der Führung des Klerus unterstellt. Verbandsarbeit wurde von römischer Seite nur als Sonderform der Seelsorge („Katholische Aktion“) gesehen, der „Volkverein für das Katholische Deutschland“ 1928 entpolitisiert.

Prof. Dr. *Irena Vaisvilaite* (Prag) beschrieb die Spannung zwischen Nationalismus und Universalität der Katholischen Kirche in **Litauen** zwischen 1918 und 1940. Kennzeichnend sei, dass 1918 unter den 20 Unterzeichnern der Unabhängigkeitsdeklaration Litauens fünf Kleriker gewesen seien. In dem Ende des Ersten Weltkriegs neugegründeten Staat (1923: 85 % Katholiken) sei dann aber 1926 von einer nationalistischen

Regierung ein Verbot der politischen Betätigung für Geistliche erlassen worden. Ab diesem Zeitpunkt habe sich die katholische Kirche - trotz Abschluss eines Konkordats 1927 - im Widerstand gegen die Diktatur der nationalistischen Partei befunden.

Dr. *Viktoria Pollmann* (Hofheim) interpretierte die Lage der polnischen katholischen Kirche in der Zwischenkriegszeit als „das lange 19. Jahrhundert“. **Polen**, das nach den „polnischen Teilungen“ am Ende des 18. Jahrhunderts bis 1918 auf der Landkarte nicht mehr existent war, hatte in der katholischen Kirche eine Sachwalterin des religiösen wie des nationalen Erbes. Die im 19. Jahrhundert gewachsene Identifikation von polnischem Nationalbewußtsein und katholischer Kirche habe auch für die Zeit von 1918 bis 1939 fortbestanden, verbunden mit dem Anspruch, den neuen Staat als ein „Polen für Christus“ mitzugestalten. Die geistige und kirchenpolitische Haltung der polnischen Kirche sei aus dem 19. Jahrhundert heraus sehr papstorientiert, in ultramontaner Denkweise verankert geblieben. Der polnische Klerus, auf dem rechten politischen Spektrum bzw. im nationalen Lager angesiedelt, habe sowohl die anfängliche Regierung der Nationaldemokraten wie auch - ab 1926 - die Regierung des ehemaligen Sozialisten Pilsudski unterstützt. Innerkatholische Erneuerungsbewegungen, wie die elitäre Gruppe „*Odrodzenie*“ („Wiedergeburt“), eine Bewegung für spirituelle und religiöse Vertiefung des Lebens, oder die „Katholische Aktion“, entwickelten sich durchaus erfolgreich, aber unter der unbestrittenen Führung des Klerus, für eine mündige Laienbewegung war hier noch kein Raum. Das Referat von Dr. *Gregor Bujak* (Lublin) - der Referent war am Erscheinen bei der Tagung verhindert, doch wurde sein Manuskript verteilt - entfaltete die innovatorischen und retardierenden Strömungen des polnischen Katholizismus für die Zwischenkriegszeit nochmals näherhin mit Blick auf die Bedingungen der beiden polnischen Verfassungen von 1921 und 1935 sowie das 1925 geschlossene Konkordat.

Für die **erste tschechoslowakische Republik** beschrieb Dr. *Jaroslav Šebek* (Prag) die katholischen Aufbruchsbewegungen unter tschechischen und sudetendeutschen Katholiken. Die Situation für die Katholiken sei nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie in der neugegründeten tschechoslowakischen Republik durch eine antiklerikale Haltung und die Bevorzugung der neuformierten nationalen tschechoslowakischen Kirche husitischer Tradition gekennzeichnet gewesen. Die an den Rand gedrängte katholische Kirche habe in geistlicher Erneuerung einen Aufbruch angestrebt. Auf sudetendeutscher Seite seien die Jugendbewegung des „Staffelstein“ und „Quickborn“ sowie Priesterpersönlichkeiten, wie Eduard Winter, Paulus Sladek und Dominik Prokop, der Abt von Braunau, mit Distanz zur Politik zu nennen. Eine Zäsur habe nach der Machtergreifung 1933 in Deutschland das Aufkommen der Henlein-Bewegung und die Zuwendung vieler sudetendeutscher Katholiken zur Sudetendeutschen Partei bedeutet, auch wenn einzelne Stimmen ausdrücklich vor dieser nationalen Tendenz warnten. Der tschechische Katholizismus sei nach einer ersten Existenz-Rechtfertigungsphase bis 1928 durch die religiösen Orden zu einer Aufbruchsbewegung gelangt, habe sich aber in den 1930er Jahren nationalen faschisierenden Ideen zugewandt. Nach den Parlamentswahlen 1935 sei eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen tschechischem und sudetendeutschem Katholizismus wegen nationaler Differenzen nicht mehr möglich gewesen. Dies traf auch - wie Referent Dr. *Robert Luft* (München) aufzeigte - für den Katholikentag vom 27.-30. Juni 1935 in Prag zu. Trotz formell übernationaler Organisation blieben die Nationalitäten im Auftreten getrennt. Die Kirche konnte ihre staatseinigende Rolle wegen des inzwischen übermächtig gewordenen Nationalgedankens nicht mehr ausfüllen.

Für **Ungarn** untersuchte Dr. *Norbert Spannenberger* (Leipzig) den „Politischen Katholizismus zwischen Amtskirche und Staat.“ Auch in Ungarn habe der Zerfall des Habsburgerreiches einen neuen Staat hervorgebracht. Die zunächst im Oktober 1918 ausgerufene „Volksrepublik“ habe in Übereinstimmung mit dem niederen Klerus, organisiert im „Landesrat der Priester“, die Enteignung des Kirchenbesitzes in Verbindung mit einer radikalen Bodenreform proklamiert. Diese Ziele habe die im März 1919 von den Kommunisten errichtete Räterediktatur mit einer offen kirchenfeindlichen Absicht in die Tat umgesetzt. Nach dem Sturz dieser Räteregierung im August 1919 habe der hohe Klerus die Herstellung der vorrevolutionären Verhältnisse im Zusammenspiel mit der Regierung angestrebt und weitgehend erreicht, die ihrerseits die katholische Kirche als Stabilisierungsfaktor akzeptierte. Gestützt auf die zunächst sehr erfolgreiche Partei der „Christlich-Nationalen

Vereinigung“ habe ein Kleriker wie Prälat Sándor Ernszt, Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten als Nachfolger von Graf István Bethlen gehegt. Der erfolgreiche Aufstieg der nationalistischen Partei der „Rassenschützer“ des Gyula Gömbös 1932 bedeutete de facto eine politische Entmachtung der Kirche, der Fürstprimas Serédi von Esztergom durch Beschwörung der traditionellen Eintracht von Kirche und Staat entgegenzuwirken versuchte. Die Wahlen von 1935 hätten für die „Christliche Wirtschafts- und Soziale Partei“ mit dem Fiasko von nur 4% Stimmen geendet. Das Defizit habe auch nicht mehr mit der verspätet eingeführten „Actio Catholica“, konservativen Vereinen, wie dem „Katholischen Volksbund“ oder der 1937 neu gegründeten „Vereinigten Christlichen Partei“ aufgefangen werden können. Besonders auf Teile des unteren Klerus habe die sozialrevolutionäre rechtsradikale Pfeilkreuzlerpartei auch eine starke Anziehungskraft ausgeübt, der die ungarische Bischofskonferenz 1938 gegenzusteuern versuchte. Habe die katholische Kirche in Ungarn in der Zwischenkriegszeit den Schein quasi einer Staatskirche nochmals erreicht, so seien unter der straffen Ägide des hohen Episkopats Reformansätze von unten, wie die „katholische Renaissance“ eines Ottokár Proháska oder eine christlich-soziale Richtung eines Alexander Gießwein, gescheitert.

**Rumänien** wurden zwei Referate gewidmet: Dr. *Hans-Christian Maner* (Mainz) beleuchtete „Die griechisch-katholische Kirche in Rumänien und die neuen politischen, sozialen und konfessionellen Anforderungen“. Die griechisch-katholische Kirche Siebenbürgens, 1699/1700 von Kaiser Leopold I. in ihrer Union mit Rom anerkannt und mit der daneben existierenden katholischen Kirche gleichgestellt, zeigte sich bei der Konstituierung des neuen Staates Großrumänien 1918 als besonders national gesinnt. Auf die Idee der lateinisch-römischen Abstammung unter Trajan zurückgreifend, sah sich die unierte griechisch-katholische Kirche mit ihrem Rombezug berufen, einen besonderen Beitrag zur rumänischen Nationwerdung zu leisten, - so Maner. Sofort habe sie 1918 den Rumänischen Nationalrat anerkannt und diesen anstelle des Kaisers in das Fürbittgebet bei Gottesdiensten aufgenommen, auch ihre Geistlichen aufgefordert, sich für die „Große Nationalversammlung“ zur Verfügung zu stellen und politisch aktiv zu werden. Eine Ernüchterung und Resignation bezüglich der Nationalbegeisterung habe sich aber bei der Festschreibung der Verfassung 1923 eingestellt: Dort sei die unierte griechisch-katholische Kirche zwar gemeinsam mit der orthodoxen Kirche unter der Bezeichnung „rumänische Kirchen“ aufgenommen worden, aber der prozentual viel größeren orthodoxen Kirche (73 % gegenüber 8 %) sei der Vorrang eingeräumt worden. Die anfängliche Unterstützung der Siebenbürgischen Nationalpartei sei einer Skepsis gegenüber dem Parteiwesen allgemein als Zersplittlung der nationalen Einheit gewichen. Ernüchterung sei auch dadurch eingekehrt, weil es keiner der konkurrierenden Kirchen gelungen sei, sich als einzige Vertreterin der „rumänischen Nation“ darzustellen.

*Christa Zach* (München) rückte „Die ‚Nationalisierung‘ des Erzbistums Bukarest nach dem Ersten Weltkrieg“ in den Blickpunkt. Das Erzbistum Bukarest war 1883 von der Propaganda-Kongregation als Missionserzbistum gegründet worden. Im neuen Königreich Großrumänien sei – so Zach - die Katholikenzahl gegenüber Altrumänien von 150 000 auf fast drei Millionen angewachsen. Nach dem Friedensvertrag von Trianon 1920 habe sich die Notwendigkeit der Neuordnung der Bistumsgrenzen und des Status der katholischen Kirche ergeben. Der grundsätzliche Rechtsstatus wurde für die katholische Kirche (knapp 7 % der Bevölkerung) in der Verfassung von 1923 festgeschrieben, sie dort als Minderheitskirche eingestuft, vor der die große orthodoxe Kirche, aber auch die unierte griechisch-katholische Kirche Vorrang hatte. Die – wie Juden und andere Minderheiten - als „Fremde“ geltenden Katholiken sollten integriert werden. Während ein Konkordat Ende des 19. Jahrhunderts als „Attentat“ des Papismus „auf den Leib der Nation“ galt, wurde nunmehr 1927/31 ein Konkordat abgeschlossen. Ein Opfer der Nationalisierungstendenzen wurde vorweg bereits Erzbischof Raimund Netzhammer (1905-1924), ein Deutscher, Benediktiner aus dem Schweizer Kloster Einsiedeln, der durch Intrigen als „Kriegsfeind“ und „Spion“ abgesetzt wurde.

Farbige Mosaikpunkte zur Kunstgeschichte der Zwischenkriegszeit steuerte Dr. *Max Tauch* (Neuss) mit einem Diavortrag über „Kunst im Aufbruch“, Kirchenbaukunst der 1920er und 1930er Jahre im Osten Deutschlands und der Slowakei bei. Neue Impulse hätte vor allem Oberschlesien geliefert mit Bauten wie der Christkönigs-Kirche zu Gleiwitz, der St. Josefs-Kirche zu Hindenburg oder der Peter und Paul-Kirche zu Oppeln.

Mit einer Einzelgestalt des lyrischen Expressionismus Ostdeutschlands machte Dr. *Ernst-Josef Krzywon* (Neubiberg) bekannt: Er breitete Leben und Werk des niederschlesischen Dichters Friedrich (Fritz Walther) Bischoff (1896-1976) aus, schälte dessen Gottes-, Heimat- und Transzendenzbegriffe heraus. Ein *Ausflug in den Rheingau* – nach Eberbach, Kiedrich, Eibingen – unter Führung Dr. Tauchs rundete die Tagung ab.

In der Generaldiskussion am Ende der Tagung wurde deutlich, dass die Problematik „Kirche und ihr Verhältnis zu Nationalismus und Nationalstaaten“ in der Zwischenkriegszeit erst in Ansatzpunkten in der Forschung in Angriff genommen sei. Weisse Flecken bei dieser Tagung seien Jugoslawien oder auch die Slowakei geblieben. Durchgängige und vor allem komparative Fragestellungen fehlten noch weithin. Die Rückkopplung auf die Vorgänge des 19. Jahrhunderts und die damals aufbrechenden Nationalstaatsbewegungen sei unerlässlich. Präzise zu beantworten sei auch noch die Frage, inwieweit Nationalismus als christlich bezeichnet werden könne. In diesem Zusammenhang müsse die Einschätzung des Nationalismus durch Rom noch näher eruiert werden. Hiermit erhalte man eine Beurteilungsbasis für die Vernetzung der Kirchen in den einzelnen Ländern in die nationalen Bewegungen und die Bejahung nationaler Politik. Eng verknüpft damit sei die Problematik der Ausgrenzung von Minderheiten ethnischer, konfessioneller oder religiöser Natur.

Im Schluß- und Dankeswort kündigte Institutsvorsitzender Msgr. Dr. Paul Mai bereits die nächstjährige Tagung über „Glaubensflüchtlinge im 17. und 18. Jahrhundert in Ostmitteleuropa“ vom 26.-29.7.2004 im St. Wenzeslausstift in Jauernick-Buschbach (bei Görlitz) zur Terminvormerkung an.

*Dr. Werner Chrobak*

#### **Copyright**

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2003.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München  
Telefon: 089 - 13 47 29, Fax: 089 - 13 47 39  
E-Mail: [info@ahf-muenchen.de](mailto:info@ahf-muenchen.de), Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

#### **Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:**

**AHF-Information**. 2003, Nr.075  
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2003/075-03.pdf>